

„Alarm vor Spitalsgipfel: Jetzt der Versorgungskrise entgegensteuern!“

Gewerkschaft vida fordert anlässlich des Spitalsgipfels der Landesgesundheitsreferent:innen und der Gesundheitsministerin ein Ende des Sparkurses im Gesundheits- und Spitalsbereich.

Teilnehmer:

GERHARD SIEGL

Landesvorsitzender der Gewerkschaft vida

ERWIN DEICKER

Betriebsratsvorsitzender des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Linz

Ort:

AK OÖ, Seminarraum 3, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Zeit:

Donnerstag, 6. November 2025, 10 Uhr

Gesundheit ist keine Verhandlungsmasse

Keine weiteren Einsparungen im Spitalsbereich – sondern klare Qualitäts- und Personalvorgaben

Österreichs Spitäler stehen an der Grenze der Belastbarkeit. Ihre Beschäftigten geben Tag für Tag alles, um die Versorgung der Patient:innen sicherzustellen. Doch ohne ausreichend Personal, Planungssicherheit und eine stabile Finanzierung kann die Qualität der Gesundheitsversorgung nicht dauerhaft gewährleistet werden. Vor dem sogenannten *Spitalsgipfel* der Gesundheitsreferent:innen mit der Gesundheitsministerin appelliert die Gewerkschaft vida daher an die Länder, Verantwortung zu übernehmen und die jahrelange Einsparungspolitik zu beenden.

Keine Sparopfer auf Kosten der Gesundheit

Die Realität in den Spitälern ist alarmierend: Betten werden abgebaut, Stationen zusammengelegt, Dienstposten gesperrt – und das bei gleichzeitig wachsendem Bedarf. Beispielsweise im Bereich der Pflegekräfte geht die aktuelle Personalprognose bundesweit von bis zu 90.000 fehlenden Pflegekräften in Krankenanstalten und Rehabilitationseinrichtungen bis 2050* aus. In Oberösterreich werden bis 2030 rund 9.550 Personen* im Pflegebereich fehlen, so die Prognose. Die direkte Folge: Längere Wartezeiten, überlastetes Personal und eine zunehmend ungleiche Versorgung je nach Bundesland und Wohnort der Patient:innen. „Jede Kürzung trifft unmittelbar Patient:innen und Beschäftigte. Es ist schlicht unverantwortlich, wenn ausgerechnet bei der Gesundheit gespart wird“, betont **Gerhard Siegl**, Landesvorsitzender der Gewerkschafts vida Oberösterreich. „Wer einheitliche Qualitätskriterien in ganz Österreich will, muss in Menschen investieren – anstatt in Budget-Tricksereien.“ Hinzu kommt: Ca. 80% aller im Gesundheitssystem Beschäftigten sind Frauen. Diese wären von den derzeit geplanten Einsparungen überproportional betroffen. Rund 70 % der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit, weil sie die permanenten Überlastungen sonst nicht mehr bewältigen können.

Klare Qualitäts- und Personalvorgaben gefordert

Die Gewerkschaft vida fordert seit Jahren verbindliche Qualitätsstandards für alle Krankenhäuser in Österreich – unabhängig davon, in welchem Bundesland Patient:innen behandelt werden. Dazu gehören einheitliche Versorgungsvorgaben, die klar definieren, welche personellen und technischen Ressourcen für bestimmte Leistungen notwendig sind. Zudem sei ein gesetzlicher Personalschlüssel essenziell, um eine gute Versorgung langfristig zu garantieren. Dieser soll festlegen, wie viele Beschäftigte pro Patient:in im Dienst sein müssen. Das sei sinnvoller, als nur Betten zu zählen. Damit kann einerseits die Belegschaft gegen Überlastung abgesichert und andererseits Qualitätskriterien ausnahmslos eingehalten werden. Die vida macht sich

für transparente Kontrollmechanismen stark, damit Unterbesetzung und spürbare Überlastung nicht länger verschwiegen, sondern strukturell beseitigt werden.

„Wir brauchen dringend Personalstandards, die den tatsächlichen Versorgungsaufwand abbilden – sonst bricht das System weiter unter seinen eigenen Ansprüchen zusammen“, betont **Erwin Deicker**, Betriebsratsvorsitzender des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Linz.

Schutz für jene, die gefährliche Missstände aufzeigen

Fehler passieren – besonders dort, wo Personal überlastet ist und Abläufe ausgereizt werden. Entscheidend ist, wie damit umgegangen wird. Eine klare Forderung der Gewerkschaft vida ist daher die Einrichtung einer unabhängigen und übergreifenden Whistleblower-Plattform für das Gesundheitswesen, über die Beinahe-Fehler oder gefährliche Situationen anonym gemeldet werden können. „Das Ziel von Meldesystemen ist nicht Bestrafung, sondern Verbesserung. Transparenz rettet Leben – Verschweigen gefährdet sie. Wer auf Missstände aufmerksam macht, muss geschützt, nicht bestraft werden“, betont Siegl.

Bundesländer in der Verantwortung

Die Gewerkschaft sieht die Landesregierungen in der Pflicht, ihre Verantwortung wahrzunehmen: „Als Geldgeber müssen Länder und Sozialversicherungen den Spitälern einheitliche Vorgaben machen, anstatt sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben“, hält Siegl weiter fest. „Systeme müssen jenen Menschen dienen, die sich darin befinden.“

Klar ist: Das Kompetenzwirrwarr zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung darf nicht länger auf dem Rücken der Mitarbeiter:innen im Gesundheitssystem ausgetragen werden.

Gesundheit braucht Qualitätsstandards – für alle

Die vida steht seit Jahren an der Seite der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich und hat mit zahlreichen Initiativen, Petitionen und Aktionen auf Missstände aufmerksam gemacht. Von der Forderung nach Schwerarbeitsanerkennung bis zur kürzlich geäußerten Kritik an der Abschaffung des Pflegebonus in Salzburg – Die Botschaft bleibt dieselbe: „Gesundheit ist keine Sparübung, sondern Daseinsvorsorge“, sagt Deicker. Gerhard Siegl ergänzt: „Wir erwarten uns vom morgigen Gipfel keine Überschriften, sondern Ergebnisse. Die Beschäftigten benötigen Entlastung, die Patient:innen brauchen qualitative Standards. Beides ist nur mit ausreichend Personal und einer Abkehr von der Einsparungspolitik realistisch möglich.“

Die Kernforderungen der Gewerkschaft vida im Überblick:

1. Ende der Einsparungspolitik im Gesundheitswesen
 2. Verbindliche Personalberechnungsmodelle für alle Berufsgruppen im Krankenhaus
 3. Einrichtung einer Whistleblower-Plattform für Beinahe-Fehler und Überlastungsanzeigen
 4. Attraktivierung des Arbeitsplatzes Krankenhaus durch stufenweise Arbeitszeitverkürzung
-

*GÖG-Studie Personalbedarf Österreich:

[Pflegepersonalbedarfsprognose 2050 inklKF Feber24 bf](#)

*[Rechnungshof warnt: Oberösterreich braucht 9.550 neue Pflegekräfte bis 2030 - Oberösterreich](#)

[Berichte: Oö. Landesrechnungshof](#)

Rückfragehinweis:

Christoph Leitner-Kastenhuber

Gewerkschaft vida

Mobil: +43 664 6145748

E-Mail: christoph.leitner-kastenhuber@vida.at

Web: www.vida.at/gesundheit